

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1921

551 (25.11.1921) Abendausgabe

Badische Presse

Handels-Zeitung.

Verbreitetste Zeitung Badens.

Beilagen: Sportblatt / Technik u. Industrie / Frauenzeitung / Steuer-Kundschau / Feld u. Garten / Feuilleton / Völkervereinigung / Volk u. Heimat

Verantwortliche Redakteure:

Verantwortliche Redakteure: Fritz Deitrich und Hans Grottel. Schriftföhrer: Dr. Grottel. Redaktionsrat: Dr. Grottel, Dr. Grottel, Dr. Grottel.

Verantwortliche Redakteure: Dr. Grottel, Dr. Grottel, Dr. Grottel.

Verantwortliche Redakteure: Dr. Grottel, Dr. Grottel, Dr. Grottel.

England und Frankreich.

Eine baldige Zusammenkunft Lloyd George - Briand?

Paris, 25. Nov. (Eigener Drahtbericht.) Die Rede Lord Curzons wird nur in einem einzigen Blatt, dem „Figaro“ kommentiert. Es gibt jedoch die Rede nicht in ihrem vollen Wortlaut wieder. Sie wird ansehnend bearbeitet, bemühend, daß man es vorzog, gewisse Stellen der Deffentlichkeit nicht zu unterbreiten. Das Blatt geht denn auch an den Hauptausführungen Lord Curzons vorüber und bemerkt nur, daß dieser, um auf die Fragen von Washington zu antworten, gestern eine wichtige Konferenz in London abgehalten habe. Bei dieser Gelegenheit habe er an der französischen Politik eine scharfe Kritik geübt. Uebrigens sei niemand schlechter geeignet, Frankreich kritisch zu betrachten, als Lord Curzon, der als Diplomat immer Mißerfolge zu verzeichnen gehabt habe. Der „Figaro“ wünscht nicht, daß sich die Mißerständnisse zwischen den Verbündeten England und Frankreich verhärteten.

Ueber die Stimmung, die sich in London in Bezug auf Frankreich befindet, macht der Berichterstatter des „New-York Herald“ einige bemerkenswerte Ausführungen. Er weist daraufhin, daß man sich in Paris nicht Rechenschaft über diese Stimmung ablegen; dieselbe würde man nicht einmal genau aufgefäkt zu sein. Aber diese bittere Bille müßte endlich einmal geäußert werden, zumal über die Rede Curzons in Washington die englischen Blätter so heftige Kritiken geschrieben hätten, daß deren volle Wiedergabe, als unmöglich angesehen werden müßte. Die Haltung der Regierung sei die folgende: Während die ganze Welt den Wunsch hätte, abzurufen, ein Bündnis, das England dazu geführt habe, einen Teil seiner Marine zu opfern, schaffe die Rede Briands eine neue Lage. Frankreich sei bis an die Zähne bewaffnet und beanspruche das Recht, neben seinem Heere auch eine große Kriegsmarine zu haben, eine große Anzahl von Unterseebooten besitzen zu dürfen, die auch anderen Zwecken, als der bloßen Verteidigung der französischen Küsten dienen könnten. Er fügt hinzu, daß Deutschland seine Verpflichtungen nicht, für Europa dazu verpflichtet, weiterhin der Kriegszustand zu bleiben, auf dem Frankreich mit seiner großen Truppenzahl einen großen Einfluß ausüben würde. Aber England würde hierüber beunruhigt sein, nicht nur wegen, sondern auch Deutschlands wegen mit dem es Handel treiben wolle. Auf eine rasche Entwarnung halte das englische Kabinett umso mehr, als Lloyd George schon einen vollständigen Abrüstungsplan für die Vorkonferenz ausgearbeitet habe. Die Haltung des Präsidenten Harding bezog Lloyd George keinen Abrüstungsplan nicht vordringen zu lassen. Die gegenwärtige Lage beunruhige daher den englischen Ministerpräsidenten sehr, jedoch er habe als möglich eine Zusammenkunft mit Briand haben möchte.

Der Berichterstatter des „Journal“ ist überzeugt, daß ein eigentlicher Anlaß zur Zusammenkunft mit England nicht nötig sei und daß Frankreich gegenüber der Gefahr, die ihm von Deutschland drohe, mit dem Schutze Englands rechnen könne; England werde bei einer Bedrohung Frankreichs für dieses eintreten. Deshalb sollte man versuchen zu einem Einverständnis zu gelangen.

Das überraschte Frankreich.

Paris, 25. Nov. Laut „New York Herald“ war man gestern im Anblick auf die Finanzverhandlungen in den Wandelgängen der Kammer sehr überrascht über den Vorschlag der französischen Delegation in Washington, die französische Großschifftonnage auf 300 000 Tonnen festzusetzen. Das Blatt glaubt, eine starke Opposition in der Kammer und dem Senat gegen diese Pläne, die nach Ansicht des Parlamentes über die finanzielle Kraft Frankreichs hinausgingen, voraussetzen zu können.

Seine Landabrüstung.

Basel, 25. Nov. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) In der gestrigen Sitzung der Kommission für die Abrüstung zu Lande wurde sich Briand gegen das italienische Projekt, das die Einschränkungen der Küstungen vorsieht, dem sich Frankreich später anschließen sollte, Frankreich müsse mit den Gefahren von Seiten Deutschlands und Rußlands rechnen und könne kein Abrüstungsabkommen unterzeichnen, ohne von den Alliierten positive Garantien erhalten zu haben. Es wurde darauf beschlossen, die Frage der Seeabrüstung und des Kriegsmaterials nicht mehr auf die jetzige Konferenz zu erörtern und die Angelegenheit einer besonderen Kommission zu überweisen.

Der Wiederaufbau Rußlands.

Berlin, 25. November. (Drahtbericht.) Wie eine Korrespondenz erzählt, ist in der allerersten Zeit die Berücksichtigung eines großangelegten Planes deutscher Wirtschaftspolitik zum Wiederaufbau Rußlands zu erwarten. Es ist vor allem die Ausbeutung der Kohlenfelder bei Baku und Grosni geplant und zwar mit Hilfe deutschen und amerikanischen Kapitals. Dieser Tage ist eine Kommission von Industriemännern in Petersburg angekommen, die die Pläne zum Wiederaufbau der Stadt vorgelegt hat. Diese Pläne sollen von zuständigen russischer Stelle als annehmbar bezeichnet worden sein.

Eine deutsche Handelsdelegation in Moskau.

Moskau, 25. Nov. (Zuspruch.) In Moskau ist eine deutsche Handelsdelegation unter Führung Dr. Hermanns einetroffen, begleitet vom Leiter der Export-Import-Gesellschaft, Schömann. Dr. Hermann teilte der Presse mit, daß es seine Aufgabe sei, Verhandlungen mit der Landwirtschaftskommission aufzunehmen, zwecks Einfuhr von Qualitätsamen und Erlangung von Subventionen zur Erleichterung deutscher Musterwirtschaften für Saat- und Pflanzgut, sowie Versorgung der russischen Landwirtschaft mit Maschinen und Bedarfsartikeln. Im Austausch erwartete die deutsche Handelsdelegation die Wirtschaftsverbindungen zwischen Rußland und Deutschland in weitem Maße zu fördern, insbesondere angesichts der neuen Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung. Dr. Hermann erklärte, die Delegation verfolge keine politischen Ziele.

Russisch-perische Spannung.

Basel, 24. Nov. Die Konstantinopeler Zeitung „Bosphorus“ berichtet, daß zwischen Rußland und Persien eine ernste Spannung entstanden sei. Die persische Regierung habe die Grenzen geschlossen und in Angora wegen des Verhaltens Rußlands Beschwerde eingelegt. Die Regierung von Angora habe ihrerseits Rußland mitgeteilt, daß sie nicht teilnahmslos zusehen könne, wenn Rußland Per-

sien angreifen würde, da ein Sonderabkommen Persien mit Angora eng verbinde.

Die Konferenz in Porto Rose.

Dr. N. Wien, 24. Nov. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Bei der gestrigen Schlußsitzung der Konferenz von Porto Rose kam es zu einem sehr peinlichen Zwischenfall. Nach der Schlußrede des Vorsitzenden, des Italieners Luzzatti, erklärten die Führer der polnischen, tschechoslowakischen und jugoslawischen Delegation, daß nur der französische Text für die Beschlüsse der Konferenz maßgebend sein könnte. Ihnen sekundierte der französische Delegierte, der erklärte, er könne keine Unterschrift nur dann geben, wenn der allein maßgebende Text des französischen Textes anerkannt werden würde. Der Vorsitzende erklärte kühl, es könne ja der Vorbehalt der Delegierten im Sitzungsbericht verzeichnet werden. In diesem Augenblick sprang der amerikanische Delegierte Oberst Smith auf und hielt eine scharfe und schneidende Ansprache, in der er sagte, er sei tief betrübt durch den Zwischenfall. Die Arbeit der Konferenz sei durch diesen kindischen Akt gestört worden. Wenn die französische Sprache die diplomatische Sprache sei, dann sei die englische Sprache die Geschäftssprache, und da es sich hier um wirtschaftliche Angelegenheiten handle, müge man die englische Sprache wählen. Diese besonnenen Worte wurden mit eisigem Schweigen aufgenommen. Die Konferenz ging dann auf die Schlußansprachen der Delegierten ein, ohne daß die peinliche Angelegenheit geregelt wurde. Oberst Smith entschuldigte sich später wegen seiner scharfen Tonart. Die Mißstimmung blieb aber weiter bestehen, und so schloß die Konferenz von Porto Rose mit einem empfindlichen Mißklang.

Demission des serbischen Kabinetts.

Wien, 25. Nov. Wie die „Tagespost“ aus Belgrad meldet, ist die vom Ministerpräsidenten Paskich unterbreitete Demission des gesamten Kabinetts vom König angenommen worden.

Württembergischer Landtag.

Die Eröffnung der Sessions-Rundgebungen und Proteste - Anfragen und Strafanträge. (Von unserem ständigen Vertreter.) Stuttgart, 25. November.

Der württ. Landtag hat seine Winteression mit einem wirksamen Protest, den Präsident Walter und Staatspräsident Dr. Heber in kraftvolle Worte kleidete, begonnen. Präsident Walter führte unter anderem aus:

Die Hoffnung auf eine gerechte Entscheidung in der oberstl. Frage ist zunichte geworden. Man hat zwar mit überden Worten das Selbstbestimmungsrecht der Völker proklamiert, hat aber das oberste schlesische Land trotz übergroßer Mehrheit zugunsten Deutschlands und trotzdem Obereschlesien eine politische und wirtschaftliche Einheit bildet, zerrissen und geteilt. Es ist hier großes Unrecht geschehen, materielles und formelles Unrecht, Unrecht an Obereschlesien und Unrecht am Deutschen Reich, geschichtliches Unrecht, weil man uns Teile eines Landes nimmt, das mehr als 700 Jahre zu uns gehörte, politisches Unrecht, weil man ein neues östliches Elb-Lothringen schafft, das zum Janapfel der angrenzenden Staaten zu werden droht, wirtschaftliches Unrecht, weil man einem Volke, das unter seinen Nachkriegslasten beinahe erstickt, der letzte Atem geraubt und die Quellen seiner wirtschaftlichen Steuerkraft verschlossen werden. Wir schließen uns der Redewerthung der Reichsregierung an und protestieren gegen dieses Unrecht, und wir werden, auch wenn unsere Gegner sich dagegen die Ohren verstopfen, solange dagegen protestieren, bis das verletzte Recht wieder hergestellt sein wird. Wir protestieren auch gegen den durch keinen Friedensvertrag gedeckten Schlag der französischen Politik gegen die Deutschen Worte, gegen die Herstellung von schnell laufenden Dieselmotoren. Frankreich scheint nicht den ehrlichen Frieden zu wollen, sondern den wirtschaftlichen Krieg. Es scheint unsere wirtschaftlichen Lebensadern unterbinden zu wollen, um dadurch unsere politische Eigenexistenz als einiges deutsches Reich unmöglich zu machen. Dagegen erheben wir als Gliedstaat mit der Reichsregierung vor aller Welt Protest. Wir rufen es allen mit der sittlichen Würde eines vergewaltigten Volkes entgegen: Auf diesem Wege wird es unmöglich gemacht, den uns auferlegten Verpflichtungen nachzukommen und unseren ehrlichen Erfüllungswillen zu betätigen! Auf diesem Wege wird nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa systematisch ruiniert!

Aus der Fülle der geschäftlichen Gegenstände, die zunächst erledigt wurden, seien hervorgehoben: Ein Bescheid über den Antrag der Deutschnationalen beim Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches auf Einrichtung von parlamentarischen Untersuchungsausschüssen, die bisher vom Landtag abgelehnt wurden, obwohl die württembergische Verfassung etwas derartiges vorsieht, ferner 7 Strafanträge der Staatsanwaltschaften gegen den Kommunisten Schred wegen Aufforderung zur Begehung strafbarer Handlungen und ein Antrag auf Einleitung der Disziplinaruntersuchung gegen den Ag. Eisenbahndirektor Major (Komm.), der sich ohne Urlaub und gegen das Verbot des Staatspräsidenten auf 3/4 Monate nach Rußland begeben hatte.

Dann wurden 14 kleine Anfragen vom Ministerialrat beantwortet, wonon die über die Nebenbahn Bretten-Kittlingen besondere Bedeutung für Baden hat. Dem Gesuch über die Erhöhung der Oberamts- und Schularzgebühren wurde in allen Leistungen ohne Ausprache zugestimmt. Damit schloß die erste Sitzung.

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen.

Berlin, 25. Nov. (Drahtbericht.) Bundesrat Kalender drängt darauf, daß die Kommission bereits am 9. Dezember zusammenzutreten soll. Im übrigen ist mit der Beendigung der Arbeiten der Konferenz nicht vor Ende Januar zu rechnen. In der gestrigen Sitzung hielt der deutsche Bevollmächtigte Schiffer eine Rede, in der er darlegte, daß es sich nicht darum handle, die beiden auseinandergerissenen Teile Oberschlesiens dauernd zusammenzuhalten, sondern sie so schnell wie möglich zu trennen, sodaß nicht das Blut aus den Lebensadern Oberschlesiens auströme. Der polnische Delegierte gab zu, daß Oberschlesien durch deutsche Arbeit groß geworden sei. Er stützte seine Ansprüche nur auf die Geschichte und auf die Volksabstimmung.

Umschau.

25. November 1921.

Seit einigen Tagen ist zwischen Berlin und München wieder eine Art Krisenstimmung zu beobachten. Die Ausführungen, die Reichsjustizminister Dr. Radbruch am letzten Samstag im Reichstag zur Frage des Strafvollzugs machte, gaben einem Teil der bayerischen Presse Anlaß, wieder starke Töne nach Berlin hin zu reden. Vom Standpunkt der Aufrechterhaltung der Reichseinheit aus betrachtet, kann man nicht alles billigen, was in diesen Tagen in der Münchner Presse geschrieben und im Staatshaushaltsausschuß des bayerischen Landtages gesprochen worden ist; es ist dabei verschiedentlich über die Schnur gehauen worden. Auf der anderen Seite aber ist die Nervosität, die sich in München und in Bayern Berlin gegenüber einstellt, zu verstehen. Wir haben bereits im September feststellen müssen, daß die Reichsregierung bei der Lösung von Fragen, die Bayern im besonderen betreffen, nicht immer eine glückliche Hand gehabt hat. Ueberprüft man die verschiednen Vorgänge, die zu Reibungen zwischen Berlin und München Anlaß gegeben haben, objektiv, so kommt einem unwillkürlich das Beispiel von dem Elefanten und dem Porzellanladen in den Sinn. Allmählich wäre es an der Zeit, daß man sich in Berlin bestreben würde, sich mehr in die bayerische Volksseele zu vertiefen. Es ist wirklich nicht besonders erprießlich, wenn sich immer wieder und wieder Mißerständnisse einstellen, die vor allem dem Auslande Anlaß geben können zu allerlei müßigen Kombinationen. Tatsache ist, daß die Bayern ferndeutsches sind, daß sie sich in ihrer Liebe zum Reich und zur Reichseinheit von keinem anderen Lande des Reiches übertreffen lassen; Tatsache ist aber ferner, daß sie sich nicht gerne von jemandem benommen lassen; sie wollen ihre Verhältnisse selbst regeln und selbst ordnen und dulden kein Dreineben. Man darf nicht vergessen, daß dies nicht erst seit heute so ist und nicht erst seit der Staatsumwälzung im November 1918, sondern daß sie auch zu Zeiten der Monarchie sich ihrer Haut gewehrt haben, wenn sie sich in irgendeiner Frage vernachlässigt oder zurückgesetzt glaubten; ob jedesmal mit Recht oder Unrecht, sei augenblicklich nicht untersucht. In Erinnerung dürfte hier noch die „Bassalen“-Rede des vor kurzem verstorbenen früheren Königs und damaligen Prinzen Ludwig sein. Es bleibt nun einmal nichts anderes übrig, als die Bayern so zu nehmen, wie sie sind. Sieht man in Berlin ein, daß man das tun muß, dann werden sicherlich die Mißerständnisse zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung fester und Anhänglichkeit, Liebe und Treue der Bayern zum Reich inniger, und das nicht zum Schaden des ganzen Reiches. Allerdings, bis es einmal so weit ist, wird noch viel Zeit vergehen.

Wenn Dr. Radbruch vom bayerischen Strafvollzug gesprochen hat, so hat er dabei — und das darf bei der Beurteilung der gegenwärtigen Mißstimmung nicht übersehen werden — vor allem Niedererkennend und die dort inhaftierten Mühsam und Toller im Auge. Diese beiden Namen sind dazu angetan, die Münchner Bürgerchaft zu beunruhigen, ihre Taten sind eben noch allzu frisch in aller Erinnerung. Dr. Radbruch hat im Reichstag davon gesprochen, er werde das Recht der Reichsaufsicht in Bayern geltend machen; weiter will er an seinem Standpunkt festhalten, daß das Reich auch in bayerischen Fällen von reichswegen das Recht der Amnestie habe; einschneidend bemerkte der Reichsjustizminister vorichtigerweise, aus politischen Gründen empfehle es sich, nicht davon Gebrauch zu machen. Nun kann man in der Reichsverfassung aber nachlesen, daß Reichsammnestien eines Reichsgesetzes bedürfen, ferner, daß die ordentliche Gerichtsbarkeit durch das Reichsgericht und durch die Gerichte der Länder ausgeübt wird. Das Aufsichtsrecht der Reichsregierung beschränkt sich lediglich auf die Angelegenheiten, in denen dem Reich das Recht der Gesetzgebung zusteht. Für die Ausführung hat sie nur das Recht allgemeiner Anweisung. Der Strafvollzug, einschließlich der Begnadigung, liegt selbstverständlich bei den Gerichten der Länder, die die ordentliche Gerichtsbarkeit ausüben. Selbst wenn darüber Zweifel bestehen könnten, steht nach Artikel 15, Absatz 3 der Reichsverfassung die Entscheidung beim Staatsgerichtshof, nicht aber bei der Reichsregierung.

Wir haben in der Mittagsausgabe der „Badischen Presse“ vom Mittwoch ausführlich berichtet über die Stellung, die der Staatshaushaltsausschuß des bayerischen Landtages zu der ganzen Angelegenheit eingenommen hat. Daraus geht hervor, daß es sich nicht um einen bedingten Konflikt zwischen der Auffassung der Reichsregierung und der bayerischen Landesregierung, sondern um einen bedingten Konflikt zwischen der Auffassung des Untersuchungsausschusses des Reichstages zur Kontrolle der Festungsstrafanstalt Niederhohenfeld und des bayerischen Landtages handelt. Daher besteht Veranlassung, die Angelegenheit so schnell wie möglich und mit allem Ernst zu behandeln, damit nicht neue Strungen und Wirrungen wie im September entstehen. Das Reich darf sich nicht den Luxus gestatten, mit einzelnen Ländern fortwährend Meinungsverschiedenheiten zu haben. Dazu ist die innere Lage des Reiches zu schwach; auf der anderen Seite sind Reich und Länder aufeinander angewiesen und beide haben ein Interesse daran, die nach der ganzen Entwidlung der Reichsverfassung gegebenen Zuständigkeiten inne zu halten. Die politische Seite der Angelegenheit ist tief bedauerlich für jeden, dem die Einheit und Geschlossenheit des Reiches und das Ansehen des Reichstages am Herzen liegt. Wir hoffen, daß die ganze Angelegenheit recht bald aus der Welt geschafft wird und das in einer Weise, die keinerlei Schmel der Verärgerung und des Mißmuts zurückläßt, weder in Berlin, noch in München. X

Deutscher Protest in Budapest.

Berlin, 25. Nov. Die deutsche Regierung hat wegen eines Telegramms des ungarischen Reichsverwesers Forth an den Prinzen Rupprecht von Bayern, in dem dieser den Prinzen als seine Majestät König Rupprecht nannte, in Budapest diplomatische Schritte unternommen.

Dracinationverbote.

Berlin, 25. November. (Amtlich.) Die Reichsregierung hat eine Bekanntmachung erlassen, daß im Verfolg des Ultimatus der Alliierten vom 5. Mai 1921 die Organisationen Reichsbund, Robertus, Aulod, Seydebrod und Oberland aufgelöst werden. Personen, die sich an einer der aufgelösten Organisationen als Mitglieder beteiligen, werden mit Geldstrafen bis zu 50 000 M oder Festung bis zu drei Monaten oder Gefängnis mit gleicher Dauer bestraft.

Südwestdeutsche Industrie- und Wirtschafts-Zeitung

25. November

Handelszeitung der Badischen Presse.

Nr. 551.

Industrie und Handel.

Brauereigesellschaft vorm. E. Moninger, Karlsruhe. Die Gesellschaft fordert ihre Aktionäre zu der am 17. Dezember stattfindenden 32. o. G.-V. ein. Auf der Tagesordnung stehen der Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrats über das Geschäftsjahr 1920/21 und Genehmigung des Rechnungsabchlusses, sowie Beschlußfassung über die Verwendung des Reingewinns und Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat und Aufsichtsratswahl.

Kg. Brauereigesellschaft zum Engel, vorm. Chr. Hofmann, U. G., Seibelberg. In der 23. o. G.-V. genehmigte der Aufsichtsrat die vom Vorstande vorgelegte Bilanz per 30. Sept. 1921. Danach betrug der Bruttogewinn 129 698.17 M., wo nach Abschreibungen von 32 500.— M. ein Nettogewinn von 97 198.17 M. verbleibt, der wie folgt zur Verteilung gelangt: Zum gesetzlichen Reservefond 20 000.—, 6 Proz. Dividende 42 000.—, Tantiemen 42 000.— und Vortrag auf neue Rechnung 42 978.66.

Löwenwerke U. G., Heilbronn a. N. Die frühere U. G. Bierbrauerei zum Löwen firmierende Gesellschaft, die nach dem Verkauf ihres Brauereibetriebes das Unternehmen der Südd. Konjunktur- und Pharmaziegesellschaft Joh. Gottfr. Goppelt erworben hat und sich ferner eine chemisch-pharmazeutische Abteilung angegliedert, war 1920/21 in der Konjunkturfabrik nur in beschränktem Umfange beschäftigt. Der nach 1 162 535 Abschreibungen und 225 000 Darlehenrückstellung verbleibende Reingewinn von 1 110 237 wird vorgezogen. Eine Dividende wird nicht verteilt. Bei einem auf 8 Mill. M. verdoppelten Grundkapital stehen den 6 008 Mill. Kreditoren 3 077 Mill. Debitoren und 7 611 Mill. Waren gegenüber. Die G. V. genehmigte den Abschluß. Das Aktienkapital wurde um weitere 2 auf 8 Mill. M. erhöht. Die neuen Aktien sollen im Einvernehmen mit Direktion und Aufsichtsrat durch ein Bankentzogen in einer „den Interessen der Gesellschaft dienenden Weise“ Verwendung finden. In den Aufsichtsrat wurden neu gewählt die Direktoren J. Bühler (Waghäusel) und Erik Schid (Worms). Das neue Geschäftsjahr geht in der Konjunkturfabrik eine Steigerung des Absatzes gebracht.

Schwäbische Uhren- und Apparatefabrik U. G. in Sindelfingen. Diese im Oktober d. J. mit 2,5 Mill. M. Kapital gegründete Gesellschaft beruht auf den 13. Dezember eine außerordentliche Generalversammlung ein, die über die Zustimmung zu dem Vertrag mit dem Erwerb eines Unternehmens der Holzverarbeitung mit Sägewerk und Holzlager Beschluß fassen soll. Ferner wird die Erhöhung des Stammkapitals um bis zu 3 Mill. M. und über die Behebung der Aktien an ein Konjunktur unter der Verpflichtung, den Aktionären einen Teil der Aktien zu überlassen, beauftragt.

Barerische Schuhfabrik U. G., Schweinfurt. Das Bezugsrecht auf 10 Mill. neue Aktien ist bis 12. Dezember geltend zu machen. Auf eine alte Aktie entfällt eine neue zu 180 Proz.

Kabelwerk Nassau U. G. in Kaiser. Eine außerordentliche Generalversammlung, die zum 10. Dezember einberufen wird, soll die am 20. Oktober festgelegten Ausgabebedingungen für die neuen Aktien, sowie die Frist für die Durchführung der Kapitalerhöhung abändern.

Wagonfabrik U. G. in Herdingen (Rhein). Der Aufsichtsrat hat mit Rücksicht auf den großen Kapitalbedarf im nächsten Jahre beschlossen, der demnächst einberufenen Generalversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals von 10 Mill. M. Stammaktien auf 20 Mill. M. und von 1 Mill. M. Vorzugsaktien auf 2 Mill. M. vorzuschlagen. — Der Abschluß des am 30. September abgelaufenen Geschäftsjahres lag in den endgültigen Zahlen noch nicht vor, doch kann mit einer etwas höheren Gewinnverteilung als im Vorjahr (12 Proz. und 8 Proz. Bonus) gerechnet werden.

Forum, Kautschukverarbeitungs-U. G., Erfurt. Der Aufsichtsrat dieses im Juni 1920 gegründeten Konzernunternehmens der „Kautschuk-Produktions-Gesellschaft“, in 1920/21, welches nach einem Gewinn von 1 185 978 abschloß, die Verteilung einer Dividende von 31 25 für die Aktie in Vorschlag zu bringen. Gleichseitig soll eine Erhöhung des Grundkapitals von 2 auf 6 Mill. in der Art beantragt werden, daß die neuen Aktien den bisherigen Aktionären zu 350 pro Stück angeboten werden und auf je eine alte Aktie zwei neue bezogen werden können.

Landhammer U. G. Melsa. Nach dem Geschäftsbericht der Gesellschaft wurde der größte Teil der Aktien der Gesellschaft im vergangenen Jahre von den Linde-Höfmann-Werken in Wetzlar erworben. Das Zusammengehen mit diesem großen Unternehmen hat sich bisher für die Landhammer-Gesellschaft nur vorteilhaft gestaltet, und es ist eine weitere ähnliche Entwicklung für beide Unternehmen durch diese Verbindung zu erwarten. Das geschäftliche Ergebnis des Jahres kann im allgemeinen als befriedigend bezeichnet werden, trotzdem die Werte von schweren Erzeugnissen infolge Streiks betroffen wurden. Die zu Beginn des Jahres noch ausstehende Geschäftsangelegenheiten sind bis zum Ende des Jahres noch nicht erledigt. Die Erträge für die Erzeugnisse sind mehr und mehr zurück und erst gegen Ende des Berichtsjahres machte sich wieder eine allgemeine Besserung der Verhältnisse bemerkbar, die gestattete, die Preise für die Fabrikate entsprechend den dauernd sinkenden Gestehungskosten zu erhöhen. Das Aktienkapital wurde von 25 auf 50 Mill. M. erhöht, und eine Anleihe von 30 Mill. M. in Form

von Schuldverschreibungen aufgenommen. Der Ausbau und die Erneuerung der Werke wurde fortgesetzt. Die im vorigen Jahre in Betrieb genommene neue Kohlengrube arbeitet voll. Die alte Kohlengrube ist abgebaut und der Betrieb eingestellt. Der Bruttogewinn von 1920/21 beträgt 72 404 632 (i. V. 27 939 566) Mark. Die Unkosten stiegen auf 22 643 328 (9 331 570) M. Nach 39 575 862 (12 647 458) M. Abschreibungen wird ein Reingewinn von 32 828 764 (5 197 072) M. ausgewiesen, aus dem bekanntlich eine Dividende von wieder 20 Prozent auf das erdöte Kapital bei halber Dividendenberechtigung für die jungen Aktien verteilt werden soll. Zum Neubortrag gelangen 701 475 (697 072) M. laut Bilanz stehen 79.9 (96.3) Mill. M. Kreditoren 141 (75.7) Mill. M. Debitoren gegenüber, davon sind 57.7 Mill. M. Bankausgaben. Rohmaterial und Bestände sind mit 35.2 (35.4) Mill. M. einsehlich. Das Unternehmen ist mit Aufträgen reichlich versehen. Die Zukunft des Werkes ist aber, wie die zukünftige Entwicklung des gesamten deutschen Wirtschaftslebens, von der innen- und außenpolitischen Lage abhängig.

Wirtschaftspolitisches.

Internationaler Baumwollkongress. Der nächste Internationale Baumwollkongress wird im Juni nächsten Jahres in Stockholm abgehalten werden. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Frage über die Wirkungen der 48stündigen Arbeitszeit auf die Produktion in den Baumwollspinnereien sowie die Frage internationaler Kredite unter besonderer Berücksichtigung des Baumwollhandels.

Verwaltungsänderung der Ausnahmehändler nach § 4 des Umsatzsteuer-Gesetzes. Die Handelskammer in Karlsruhe teilt uns folgendes mit: Nach § 4 des Umsatzsteuer-Gesetzes vom 24. Dezember 1919 (R. G. Bl. S. 2157) sind Anträge der Ausnahmehändler auf Veranlassung der Betriebe, die als Steuer die Befreiung an sie befreit haben, gleichzeitig mit der Steuererklärung zu stellen. Der Reichsfinanzminister hat seitdem, daß im Jahre 1921 Nachfrist von der genauen Einbringung dieser Bestimmungen abgesehen und auch verbriefte Einträge zugelassen werden. Vom Beginn des nächsten Jahres an soll diese grundsätzliche Auslegung der Nachfrist aber wegfallen. Die betroffenen Kreise werden daher darauf aufmerksam gemacht, daß die Anträge nach § 4 UStG. gleichzeitig mit der Steuererklärung über die Umsätze des Jahres 1921 abgeben müssen, wenn sie eine Vermeidung dieser Anträge vermeiden wollen.

Deutscher Staatsbahnenkongress. Der Verwaltungsrat hat beschloßen für 1920 vorläufig keine Bilanz aufzustellen, keine Dividende zu verteilen und die am 2. Januar fällige Abschlagsdividende nicht zu zahlen. Die Ursachen sind die ungelärten Verhältnisse und die Kuponverpflichtungen an Frankreich.

Außenhandel der Vereinigten Staaten. (Drahmelung unseres eigenen Berichterstatters). Im Monat Oktober betrug die Gesamtsumme des Außenhandels 346 Mill. Dollar, verglichen mit 325 Mill. im September und 760 Mill. Dollar im Oktober 1920. Der Wert der Einfuhr belief sich auf 183 Mill. Dollar, der Wert der Ausfuhr auf 263 Mill. Dollar.

Die Benzolgewinnung im rheinisch-westfälischen Kohlengebiet.

Die Höchstpreise für Benzolergüsse haben mit Wirkung vom 14. Oktober 1921 eine Erhöhung von 3.— auf 6.— das Kg. für gereinigte Erzeugnisse ab Wert bei Lieferung in Kesselwagen und auf 6.90 bei Lieferung in Kannen und Fässern erfahren, während die Höchstpreise für Reinerzeugnisse, wie Reindenzol, Reintoluol und Reinzypol auf 6.60 das Kg. ab Wert erhöht worden sind. Diese Preissteigerungen, welche durch die gestiegenen Erzeugungskosten begründet wurden, entsprechen jedoch bei weitem nicht den Weltmarktpreisen. Die sprunghafte Steigerung der Benzolpreise hat eine äußerst heftige Nachfrage nach Benzol hervorgerufen und während früher erfahrungsgemäß 25 Proz. der verteilten Mengen von den Benzolberechtigten nicht abgenommen wurden, worauf auch von vornherein bei Festlegung der zur Verteilung gelangenden Mengen Rücksicht genommen wurde, wurden, jedoch bekannt war, daß die September-Hauptkontingente noch zu den alten Preisen geliefert werden mußten, alle zum Bezuge freigegebenen Mengen reiflos abgefordert, was eine gewisse Spannung der Lage zur Folge hatte, da es nicht möglich war, allen Anforderungen sofort zu entsprechen.

Die große Spannung zwischen dem gegenwärtigen Benzolhöchstpreis und dem Scheitelpreis für Benzol, der rund 20.— beträgt, rief nicht nur eine große Nachfrage seitens der Verbraucher hervor, sondern ist auch die Hauptursache dafür, daß große Mengen Benzol in den Scheitelpreis gelangten und von der Weltwirtschaft nicht erholet werden können. Nicht nur in Deutschland, sondern auch im Auslande ist die Wahrnehmung zu machen, daß das Benzol seinem tatsächlichen Wert entsprechend höher bewertet wird als das häufig recht minderwertige Benzol. Nur durch Anpassung wird es möglich sein, den Scheitelpreis zu unterbinden, und es würde auch vermieden, daß die unangehören Mengen von Benzol, welche auf Grund des Vertrages von Versailles zwangsweise an Frankreich zu liefern sind, und die nur zum deutschen Inlandspreise verrechnet werden dürfen, zu 1/2 bezw. 3/4 ihres wirklichen Wertes verschleudert werden.

Um die Brennstoffnot wenigstens in etwas zu beheben und einen Ausgleich zu schaffen für die Mengen, die Deutschland an Frankreich zu liefern hat, hat sich der Benzolverband die Einführung des Reichsraffstoffes „Tetrahydrazol“ angelegen sein lassen, der aus 2 Gewichtsteilen Niterbenzol, 1 Gewichtsteil Motoren-Tetrahydrazol und 1 Gewichtsteil 90proz. Spiritus besteht. Die Verwendung dieses Gemisches wird in großem Umfang zurzeit durchgeführt und hat sich bis jetzt nach eingehenden Versuchen im Verbrauch als Kraftstoff für Explofionsmotore sehr gut bewährt. Nachdem die für den Betrieb dieses Gemisches erforderlichen Mengen an Rohstoffen überall reichlich vorhanden sind, wird es voraussichtlich möglich sein, den Motorenbetriebsstoff aus rein deutschen Erzeugnissen um monatlich rund 4000 Tonnen zu liefern, wodurch wir zum Auslande hinsichtlich der Beschaffung von Motorenbetriebsstoffen in ziemlich weitem Maße unabhängig werden dürfen.

Frankfurter Devisennotierungen.

Frankfurt, den 25. Nov. Die heutigen Devisennotierungen stellen sich wie folgt:

Telegraph. Auszahlung.	24. 11. 21	25. 11. 21	Telegraph. Auszahlung.	24. 11. 21	25. 11. 21
Antw.-Brüss.	1098.10	1091.80	Norwegen	3999	3991
Holland	895	897	Schweden	6613	6626
London	1117.50	1117.00	Holland	283.20	283.80
Paris	1293	1297	New-York	8.61	8.63
Schweiz	533.50	534.41	Wien (alt)	30.72	30.78
Spanien	292.6	291.4	D.-Oest. abg.	80.72	81.64
Italien	1158.80	1161.20	Budapest	306.70	307.50
Lissabon-Op.	—	—	Prag	—	—
Buenos-Aires	526.70	527.80	—	—	—

Frankfurter Börse vom 25. November. Am Effektenmarkt fand kein Handel statt, doch hat es nach den bei den Banken vorliegenden Orders den Anschein, als ob das Publikum und vor allem die Spekulation geneigt sind, Käufe vorzunehmen. Es fanden verschiedene Spezialpapiere größere Beachtung. Im übrigen hielt aber die Zurückhaltung bei immerhin überwiegender feiner Tendenz an. Soweit Kurse genannt wurden, lagen Käuferwerte 1275—1300. Scheidewerke anstalt haben sich nur wenig verändert, sie waren 2200—2225 genannt. Anilinwerte waren behauptet. Geschäft waren Redaktionswerte, Nationalbank mit 1600—1610, Höchst mit 895, Badische Anilin mit 940, Daimler 805, Adlerwerke Kieper 860, Holzwerkstoff 1325, U. G. E. 1220. Von den amtlich nicht notierten Werten hörte man Benzomotoren 1025, Gebrüder Jäger 1360, Inag 910, Mansfelder Kupfer 29 800, Chemische Rheinaria 1330—1345, Deutsche Petroleum 2475 bis 2490. Der Dollar begann anfangs mit 284, ging unter Schwankungen bis auf 290 und 294 hinauf. Polennoten zirkulieren 8 1/2—8 3/4. Entsprechend der festen Haltung des Devisenmarktes wurden Wechselkurse und Zinsenwerte höher genannt.

Zürcher Devisennotierungen.

Zürich, den 25. Nov. Die heutigen Devisennotierungen stellen sich wie folgt:

Telegraph. Auszahlung.	24. 11. 21	25. 11. 21	Telegraph. Auszahlung.	24. 11. 21	25. 11. 21
Holland	188	189.25	New-York	8.61	8.63
Deutschland	2.17	2.17	Agram	1.75	1.70
Wien	1.85	1.85	Bukarest	—	—
Paris	5.15	5.15	Konstantinopel	88.25	87.60
London	87.15	86.80	Stockholm	124	123.70
Brüssel	21.10	21.12	Kristiania	74.90	75.75
Italien	21.85	21.82	Madrid	172.50	171.00
Buenos-Aires	5.67	5.67	—	—	—

Berliner Devisennotierungen.

Berlin, den 25. Nov. Die heutigen Devisennotierungen stellen sich wie folgt:

Telegraph. Auszahlung.	24. 11. 21	25. 11. 21	Telegraph. Auszahlung.	24. 11. 21	25. 11. 21
Antwerpen	1011.40	1013.50	New-York	8.61	8.63
Brüssel	1028.50	1031.00	Paris	1387	1387
Kristiania	8986	9004	Schweden	1404.55	1415.45
Konstantinopel	5719.75	5710.25	Spanien	339.65	339.85
Stockholm	6843.25	6855.75	D.-Oest. abg.	8.98	9.02
Helsinki	539.45	540.55	Prag	285.70	285.30
Italien	112.130	113.130	Budapest	30.46	30.54
London	11183.85	11196.15	Poln. Noten	—	—

Bekanntmachung.

Die nächste Preisliste der Badischen Maschinenwerke und der Badischen Werkzeugmaschinenwerke ist mit dem 1. Dezember 1921 in Kraft getreten. Die Preise sind gegenüber dem 1. Januar 1921 um 10 Proz. erhöht. Die Preise für die Fabrikate sind entsprechend den dauernd sinkenden Gestehungskosten zu erhöhen. Das Aktienkapital wurde von 25 auf 50 Mill. M. erhöht, und eine Anleihe von 30 Mill. M. in Form

Bekanntmachung.

Die Dienststunden der Reichsfinanzverwaltung im Hauptbahnhof Karlsruhe werden ab Montag, den 28. November wie folgt festgelegt: 8—12 vorm. 2—7 nachm. 8—12 vorm. 2—7 nachm. Sonntags 10—12 vorm. Karlsruher, den 24. Novbr. 1921. Stationsamt.

Großer Transport sehr schöner Läuferischweine

darunter schwere, über 70 Pfd., neben zum Verkauf in Karlsruher, Rheinhof, Eingang Durlacher Allee, Gottesauer Kaserne. Der Verkauf erfolgt, falls es gewünscht wird, nach Lebendgewicht. Landwirtschaftskammer. 18594

5 TAGE ZUR PROBE

mit bedingungslosem Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen und ohne Erstattung der Originalfabrikpreise. Istere ich überall hin gehen bei sowie gegen bequeme Tragen zu haben. Sprechapparat jed. Art u. Preis. Musik gehört in jedes Haus! Verlangen Sie sofort illustrierte Preisliste mit Verzeichnis der neuesten Künstlerplatten kostenlos. Postkarte genügt. WALTER H. GARTZ, Berlin 542

Stoffe

für Konfirmanden - Anzüge in schwarz und blau Cheviot passend als Weihnachtsgeschenk sehr billig, empfiehlt 18604 **W. Hötzer** Amalienstraße 26, II. (Kein Laden)

Visitenkarten

werden rasch, sauber und billig angefertigt, in der Druckerei der Bad. Presse.

Erich Bühler Bank-Geschäft Kreuzstraße Nr. 4, am Marktplatz empfiehlt sich zur Ausführung von Bank-Geschäften jeder Art. Konto-Korrent- und Scheckverkehr, kurzfristige Darlehen gegen Sicherheit, An- und Verkauf von in- und ausländischen Wertpapieren, Geldsorten und Kupons. 6560 **Devisen-Verkehr.** Fachmännische Auskunft u. Beratung in allen Geld-Angelegenheiten.

Wir bieten an: **Brennholz** in Buchen, Tannen, Stockholz, Anfeuerholz, Schwartenholz, in jeder Verarbeitung zu Tagespreisen am Lager Durlacher Allee 58, Kaserne Gottesauer abgeholt oder frei Keller geliefert. Bestellungen werden auch Zähringerstr. 100, 2. Stock, Zimmer 7, angenommen. **Gemeinnützige Beschäftigungsstelle für Erwerbslose und Erwerbsbeschränkte** Durlacher Allee 58 Telephone 5423

Metalle, Altpapier, Eisen, Stahlgewichte, alte Maschinen, sowie ganze Fabrikanlagen, Kauf **Erwerbslos, Zähringerstr. 26/28, Tel. 3481.** Für Händler, auch auswärtig, Vorzugspreise. Essen

Gewaschen mit **Dixin** **Henkel's Seifenpulver** **Preis das Paket Mk. 4.00**

Gesfingelzuchtverein Gillingen Am Sonntag, den 27. November 21, vormittags 10 Uhr Beginn, veranstaltet der Verein im Gasthaus zum „Schöneck“ seine 1. lokale **Gesfingel-Ausstellung** verbunden mit Verlosung und Verkauf von Zuchtstücken. 5075a **Eintritt: 1.— M., Kinder —50 Pf.** Alle Gesfingelzüchter u. Liebhaber sind freundlichst eingeladen. Der Vorstand.

Kurbau „**Gut Schöneck**“ Restaurant Tel. 309. **Samstag und Sonntag Schlacht-Fest** wozu freundlichst einladet 5078a D. Könekamp